



## **Stadtratsfraktion Pirmasens**

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Bernhard Matheis  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845  
Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)  
Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

### **Antrag zur Stadtratssitzung am 27. November 2017**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

17. November 2017

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 27. November 2017 zu setzen.

#### **Haushaltsansatz 2018/19 für bisher nicht gedeckte Kosten der Unterkunft**

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Sozialhaushalt wird pro Haushaltsjahr 1 Million Euro zusätzlich für Kosten der Unterkunft nach SGB II eingestellt

#### **Begründung**

Auf Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 15. August 2017 hat der Stadtrat am 28. August 2018 Punkt 1 des Antrags zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss überwiesen. In der Antragsdiskussion wurde deutlich, dass der Stadtrat nahezu einhellig eine Anpassung insbesondere des Mietzuschusses für Menschen im ALG II-Bezug befürwortet und für überfällig hält.

In der Hauptausschusssitzung vom 6. November 2017 wurde von Bürgermeister Zwick auf die Nachfrage, wann mit einer Erhöhung des Mietzuschusses zu rechnen sei, erklärt, man wolle die Ergebnisse der Sozialministerkonferenz abwarten, um Rechtssicherheit zu erlangen. Es sei für die Haushaltsjahre 2018/19 deshalb kein erhöhter Planansatz diesbezüglich vorgesehen.

Wir halten eine weitere Verzögerung der Erhöhung im Interesse der betroffenen Menschen für nicht hinnehmbar. Der Mietzuschuss in Höhe von 3,58 Euro pro Quadratmeter wurde seit Inkrafttreten der Hartz-Gesetze am 1. Januar 2005 noch nie angepasst. Nach den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit werden durchschnittlich 1 Million Euro pro Jahr der tatsächlichen Kosten der Unterkunft vom Jobcenter Pirmasens nicht ausgezahlt. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass diese

Kosten aus der Regelleistung bestritten werden müssen, die eigentlich für den täglichen Lebensbedarf vorgesehen ist.

Falls Bürgermeister Zwick die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder angesprochen hat, so findet diese am 6./7. Dezember 2017 in Potsdam statt. Da diese Konferenz unmittelbar bevorsteht und falls sie gemeint war, lässt sich aus diesem Umstand also keine Begründung herleiten im Doppelhaushalt 2018/19 auf einen Planansatz für die beabsichtigte Erhöhung des Mietzuschusses zu verzichten. Die Ergebnisse dieser Konferenz liegen in Bälde vor und haben im Übrigen keinen Einfluss die Entscheidungshoheit der Kommune, die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft festzulegen bzw. den Mietzuschuss für ALG-II-Bezieher zu erhöhen.

Die von uns vorgeschlagene Erhöhung des Planansatzes um 1 Million Euro jährlich orientiert sich an den nicht gedeckten Kosten der Unterkunft in Pirmasens und ist jederzeit auf Beschluss des Stadtrates möglich. Insofern besteht Rechtssicherheit.

Vielmehr wäre es angebracht, nun möglichst umgehend die erforderlichen Daten zu erheben und einen den tatsächlichen Verhältnissen angemessenen Mietzuschuss festzulegen sowie das verwaltungsrechtliche Verfahren dafür in die Wege zu leiten.

Dazu gehört u.a. die Verabschiedung eines entsprechenden Planansatzes im kommenden Haushalt.

**Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:**

.....  
Frank Eschrich, Vorsitzender

.....  
Brigitte Freihold, stellv. Vorsitzende